

Pax Christi International

Erklärung zu Artikel 9 der Japanische Konstitution

Pax Christi, die internationale katholische Friedensbewegung, bedauert sehr die Entscheidung vom 1. Juli 2014 der Regierung unter Premierminister Shinzo Abe bezüglich der Änderung der japanischen Sicherheitspolitik in der Nachkriegszeit. Diese könnte zum Einsatz militärischer Mittel der japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte in Überseemissionen führen und somit Japan erlauben, das Recht auf kollektive Selbstverteidigung auszuüben.

Pax Christi International und viele ihrer Mitgliederorganisationen, unter anderem auch der Japanische Katholische Rat für Gerechtigkeit und Frieden (CCJP), setzen sich bereits seit vielen Jahren für die Beibehaltung des originalen Wortlauts der Konstitution ein, welcher wie folgt lautet:

„In aufrichtigem Streben nach einem auf Gerechtigkeit und Ordnung gegründeten internationalen Frieden verzichtet das japanische Volk für alle Zeiten auf den Krieg als ein souveränes Recht der Nation und auf die Androhung oder Ausübung von Gewalt als Mittel zur Beilegung internationaler Streitigkeiten. Um das Ziel des vorhergehenden Absatzes zu erreichen, werden keine Land-, See- und Luftstreitkräfte oder sonstige Kriegsmittel unterhalten. Ein Recht des Staates zur Kriegsführung wird nicht anerkannt.“

Im Hinblick auf die veränderte Auslegung des Artikel 9 berücksichtigt ein vom Kabinett zugestimmtes Dokument den Militärgebrauch als Mittel der Selbstverteidigung nicht nur im Fall eines Angriffs auf Japan, sondern auch auf eines seiner Verbündeten. Dieser Zug der japanischen Regierung ist ein historischer Wendepunkt in der Nachkriegszeit Japans und auch eine Abschwächung dessen Bekenntnis zur konstitutionellen Gewaltlosigkeit.

Pax Christi International ist tief besorgt über diese Entscheidung, die Artikel 9 revidiert. Artikel 9 ist ein Zeichen der Hoffnung für die Welt, die nach tiefem, umfassendem und langfristigem Frieden verlangt. Es hat Dialog und Diplomatie angeregt sowie Japan zu einem Stabilisierungsfaktor und nicht zu einer Bedrohung für seine Nachbarstaaten in Ostasien gemacht. Wir wollen daher die japanische Regierung dazu auffordern, das Thema der „territorialen Dispute“ entsprechend Artikel 9 zu adressieren, anstelle einen solch wichtigen und visionären Artikel der japanischen Konstitution zu revidieren.

Neuste Umfragen haben gezeigt, dass die Mehrheit der japanischen Bevölkerung die Friedensverfassung beibehalten will, so wie sie ist. Religionsführer sowie bekannte Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen haben ebenfalls ihre Stimmen erhoben und ihre Besorgnis geäußert. Wir begrüßen die jüngste [Erklärung](#) der japanischen Katholischen Bischofskonferenz und wir unterstützen ihre Anforderung an Premierminister Abe und sein Kabinett bezüglich ihrer „schweren Verantwortung nicht die japanische Bevölkerung sowie Menschen anderer Nationen der Kriegsgefahr auszusetzen, sondern unseren Kindern eine friedliche Welt zu überlassen.“

Wir bestätigen hiermit unsere Überzeugung, dass das Ergänzen von Artikel 9 der japanischen Konstitution oder die Änderung dessen Deutung respektlos ist gegenüber dem Willen der Mehrheit der japanischen Bevölkerung und dass es ein erheblicher Schritt in die falsche Richtung darstellen würde. Die Bekenntnis, die durch Artikel 9 erlangt wird, friedliche Auslandsbeziehungen basierend auf Versöhnung, Gleichheit und gegenseitigem Respekt aufzubauen, sollte vielmehr als Modell für Welt dienen.

Pax Christi International befürwortet die [Globale Artikel 9 Kampagne](#) und ruff all seine Mitgliedsorganisationen dazu auf, die internationale Onlinepetition "[Prime Minister Shinzo Abe: Save Japan's Peace Constitution](#)" zu unterschreiben und weiterzuleiten.

Brüssel, den 4. Juli 2014